

**DIE ENERGIEWENDE
MIT INVESTITIONEN UND
INNOVATIONEN SOZIAL
UND FAIR GESTALTEN!**

DIE ENERGIEWENDE: UNSERE ZIELE

Die IG BCE fordert und unterstützt eine sozial gerechte, wirtschaftlich vernünftige und ökologisch verantwortungsvolle Energiewende. Diese kann ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft sein. Notwendig ist dafür eine Innovation des gesamten Energiesystems:

- Die Energiewende muss sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und ökologisch verantwortungsvoll gestaltet werden. **Strom, Wärme und Mobilität müssen bezahlbar sein.**
- Wir brauchen ein **weltweit verbindliches Klimaabkommen** als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen.
- Wir brauchen eine Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik an **der Förderung von Innovation**. Allein mit der subventionierten Installation bereits bekannter Technologie werden weder die Klimaziele zu erreichen, noch gute Arbeitsplätze in der deutschen Industrie zu sichern sein.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien alleine reicht nicht aus, um den weltweit wachsenden Energie-Hunger klimaverträglich zu stillen. Wir brauchen auch die **Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien** bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie im Ressourcenschutz.
- Schon jetzt zeigen die Produkte und Verfahren der deutschen Industrie die Innovationspotentiale, um schneller, effektiver und effizienter die Klimaziele sowie die hohen Erwartungen an die regenerative Energieerzeugung zu realisieren. Diese können noch stärker genutzt werden.
- Der Klimabilanz industriell hergestellter Güter und Waren muss über ihren **gesamten Lebenszyklus betrachtet** werden. Schon heute zeigt sich, dass viele industriell gefertigte Produkte eine positive CO₂-Bilanz besitzen. Die durch ihren Einsatz vermiedenen CO₂-Mengen sind größer als die bei ihrer Herstellung verursachten. Diese Betrachtung ist zielführender als die isolierte Betrachtung des Ressourcenverbrauchs industrieller Produktionsprozesse.

FAKTEN ZUR ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

1. Investitionen und Innovationen sind entscheidend

Die deutsche energiepolitische Debatte läuft meist nach dem einfachen Schema: Je schneller der Kohleausstieg, desto schneller erreichen wir unsere Klimaziele.

Und das ist so verkürzt wie falsch:

Zum Gelingen der Energiewende sind Innovationen und Investitionen die entscheidenden Faktoren.

Bereits 2007 und 2009 wiesen Studien von McKinsey für die Bundesregierung und den BDI deutlich darauf hin, dass alle Sektoren einbezogen werden müssen und teure Symbolpolitik vermieden werden muss.¹

Auch eine aktuelle Studie von Prognos und Boston Consulting Group², „Klimapfade für Deutschland“, verweist darauf, dass es durchgehende Investitionen in allen Bereichen braucht, um bei der Erreichung der Klimaziele konsequent voranzukommen:

„Eine erfolgreiche Erreichung der deutschen Klimaziele ... sind daher ein politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kraftakt. Gefragt ist eine weitsichtige Klima-, Industrie- und Gesellschaftspolitik „aus einem Guss“, die auf Wettbewerb und Kosteneffizienz setzt, gesellschaftliche Lasten fair verteilt, Akzeptanz für die Maßnahmen sicherstellt sowie den Erhalt und Ausbau industrieller Wertschöpfung priorisiert. Dazu bedarf es für das „Großprojekt Klimaschutz“ einer langfristigen politischen Begleitung.“

2. Der Beitrag der Energiewirtschaft zum Klimaziel 2020

Die Energiewirtschaft leistet den stärksten Beitrag zur Erreichung des Klimaziels 2020. Nach Prognosen des Umweltbundesamts werden die Emissionen in Deutschland im Jahr 2020 insgesamt um 32 Prozent unter denen des Jahres 1990 liegen. Bei der Energiewirtschaft wird der Rückgang mit 38% deutlich über dem Beitrag anderer Sektoren liegen. Damit wird deutlich, dass die Hauptdefizite in anderen Bereichen liegen. Auch in der Klimabilanz für 2017 verzeichnete der Energiesektor den deutlichsten Rückgang: Im Vergleich zu 2016 gingen die Emissionen um 13,7 Mio. t oder 4,7 % zurück.

¹ „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“, Herausgeber BDI, 2007 und 2009

² „Klimapfade für Deutschland“, BCG und Prognos, Januar 2018

3. Der Beitrag weiterer Sektoren

Strom bildet nur ein Teil unseres Energieverbrauchs. Mehr als zwei Drittel der Energie werden für Wärme und Mobilität gebraucht. 40 % der in Deutschland verbrauchten Energie entfällt auf Gebäude.

Andere Sektoren tragen deutlich weniger zum Erreichen der Klimaziele bei als die Energiewirtschaft. Das gilt vor allem für die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft, aber auch für den Gebäudebereich.

Im Verkehrssektor sind die Emissionen 2017 nach Angaben des Umweltbundesamts um 2,3 % oder 3,8 Mio. Tonnen gestiegen. Gründe dafür waren der steigende Pkw-Bestand und das Anwachsen des Gütertransports auf der Straße – auch durch die gute Konjunktorentwicklung.

Im Gebäudebereich ließe sich der Energiebedarf mit moderner Dämmung um bis zu 80 % reduzieren. Hiermit wäre auch ein enormer Konjunkturschub verbunden. Im Verkehrssektor braucht es stärkere Forschung und Innovationen, um in der Elektromobilität voranzukommen. Die Entwicklung leichter Bauteile in der Kunststoffindustrie sowie Investitionen in die Batterieproduktion sind ein erster Schritt in Richtung ganzheitlicher Energiewende.

4. Die Auswirkungen auf Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft

Im Energiesektor ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland von über 200.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1991 auf 119.000 Arbeitsplätze im Jahr 2016 gesunken. Das sind 40% weniger Arbeitsplätze.³

Nach dem Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung werden zwischen 2012 und 2022 alle Kernkraftwerke abgeschaltet. Das kostet gut 7.000 Jobs in einer einst sicheren Branche mit guten Löhnen und vorbildlicher Mitbestimmung – staatliche Unterstützung angesichts des Job-Abbaus: Fehlanzeige.

Seit 2015 wurden bei der Bundesnetzagentur mehr als 20 Kohlekraftwerke zur Stilllegung angemeldet, die bis spätestens 2020 vom Netz gehen müssen. Betroffene Arbeitsplätze: Etwa 5.200.

Mit dem 2015 beschlossenen Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung sollen bis 2020 zusätzlich 12,5 Mio. Tonnen CO₂ in der Braunkohle eingespart werden – was in den nächsten Jahren die Schließung mehrerer Kraftwerksblöcke nach sich zieht. Betroffene Arbeitsplätze: Etwa 3.500.

Zusammen mit einigen ebenfalls bei der Bundesnetzagentur zur Stilllegung angemeldeten Gaskraftwerken summiert sich der politisch induzierte Jobverlust bei den konventionellen Energieträgern auf fast 20.000.⁴

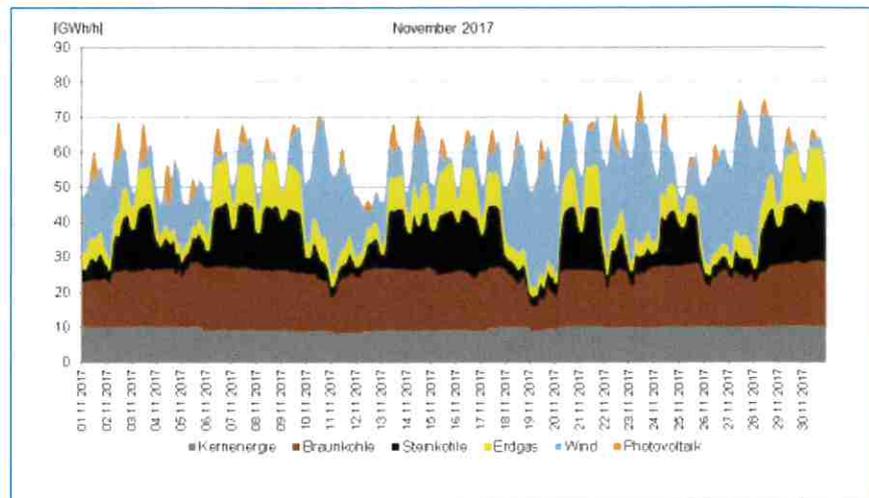
³ Quelle: BMWi, Energiedaten Tabelle 2, Stand 11.1.2018

⁴ <https://www.igbce.de/energiewende>

5. Schwankende Einspeisung von erneuerbarer Energie

Bereits 50 Prozent der installierten Leistung zur Stromerzeugung besteht aus Windkraft- und Solaranlagen.

Laut Monitoring-Bericht der Bundesregierung tragen erneuerbaren Energien jedoch nur 30 Prozent zur deutschen Stromerzeugung bei.



Diese große Lücke liegt in der Natur der Sache: Wind und Sonne sind nicht konstant verfügbar.

Entsprechend schwankt der Beitrag der Erneuerbaren zu unserer Stromversorgung: An sonnigen, windigen Tagen kann der Anteil über 50 Prozent liegen; an kalten, dunklen Wintertagen mit Flaute unter 10 Prozent.

Zwei Tage im November 2017 machen das exemplarisch deutlich: Am 1. November war in weiten Teilen Deutschlands Feiertag (Allerheiligen) und der Strombedarf entsprechend niedrig.

Dank des schönen Wetters deckten die Erneuerbaren den größten Teil des Stromverbrauchs, die Konventionellen lagen unter 30 GWh.

Nur zwei Tage später, am 3. November, einem Werktag, lieferten die Erneuerbaren bei Flaute nur 15 GWh der insgesamt benötigten 70 GWh.

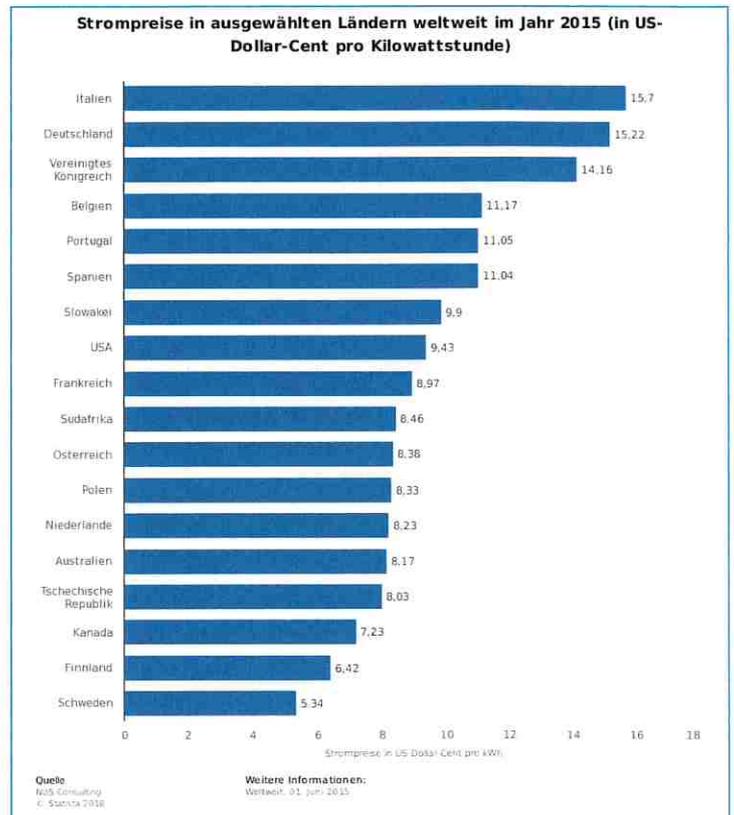
6. Die Entwicklung der Strompreise im Vergleich

Die Kosten der Energiewende sind hoch. Allein die Kosten der EEG-Förderung der Erneuerbaren wird bis zum Jahr 2040 deutlich über eine halbe Billion Euro betragen.

Schon heute machen Steuern und Abgaben mehr als die Hälfte der Stromrechnung aus.

Im internationalen Vergleich sind wir mittlerweile in der Spitzengruppe bei den Strompreisen.

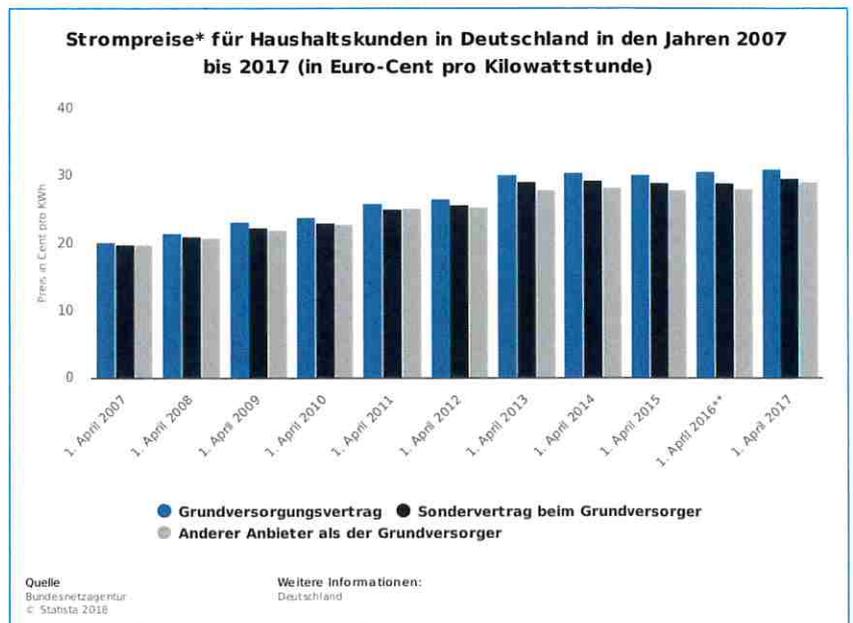
Und dies auch im Vergleich zu Ländern wie den USA, die derzeit mit aggressiven Steuersenkungen für Unternehmen Standortpolitik betreiben.⁵



Entwicklung für die privaten Haushalte:

Die Statistik zeigt die Entwicklung der Strompreise für Haushaltskunden in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2017. Zum 1. April 2017 zahlten private Haushalte im Grundversorgungstarif durchschnittlich 30,94 Cent pro Kilowattstunde Strom. Die Strompreise setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Kosten für Beschaffung und Vertrieb, Netzentgelten, Umlagen sowie Steuern und Abgaben.⁶

Der Strompreis für die Industrie stieg seit dem Jahr 2000 um



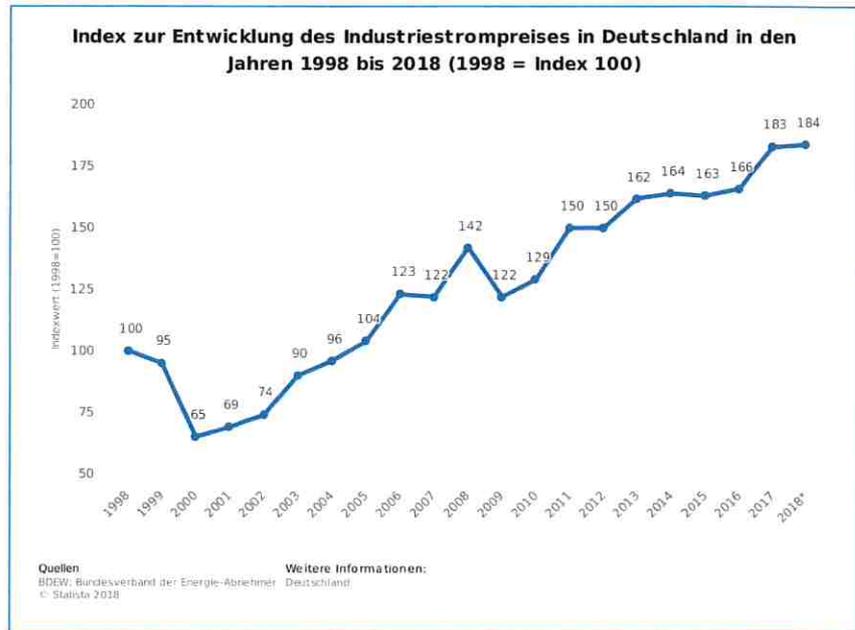
⁵ Quellen: Statista 2018 (NUS Consulting)

⁶ Quellen: Statista 2018 (Bundesnetzagentur)

75 Prozent. Für energieintensive Industrien und deren 700.000 Beschäftigte ist ein stetig steigender Strompreis höchst problematisch. Die Energiewende läuft Gefahr, ganze Industriezweige in Deutschland zu gefährden, wenn ein bezahlbarer Strompreis für Verbraucher und Industrie nicht stärker in den Fokus rückt.

Entwicklung der Industriestrompreise:

Die Statistik zeigt den Index zur Entwicklung des Industriestrompreises in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2018. Ausgehend vom Jahr 1998 (Indexwert = 100) betrug der Indexwert zur Entwicklung des Industriestrompreises im Jahr 2018 in Deutschland 184 Punkte. Die Angaben beziehen sich auf die mittelspannungsseitig versorgte Industrie mit einem Jahresstromverbrauch von 160 bis 20.000 Megawattstunden.⁷



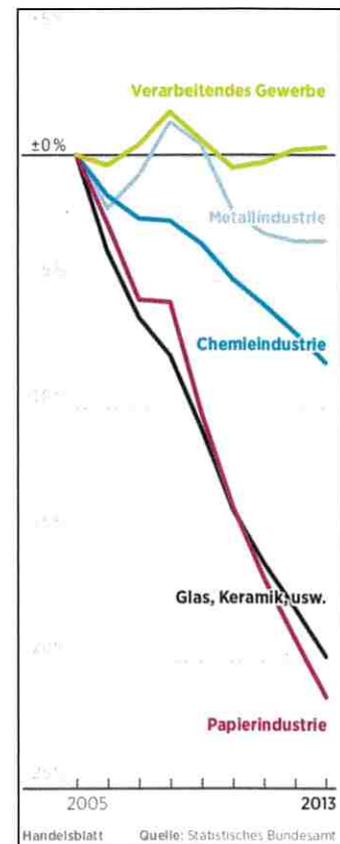
⁷ Quellen: Statista 2018 (BDEW, Bundesverband Energieabnehmer)

7. Die Folge: Fehlende Investitionen in der Industrie

Um Wachstum und Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern, müssen industrielle Produktionsanlagen immer wieder erneuert und modernisiert werden. Die Industrie muss also investieren, gerade auch in Anlagen, die Energie effizienter nutzen. Das ist ein zentraler Faktor für wirksamen Klimaschutz.

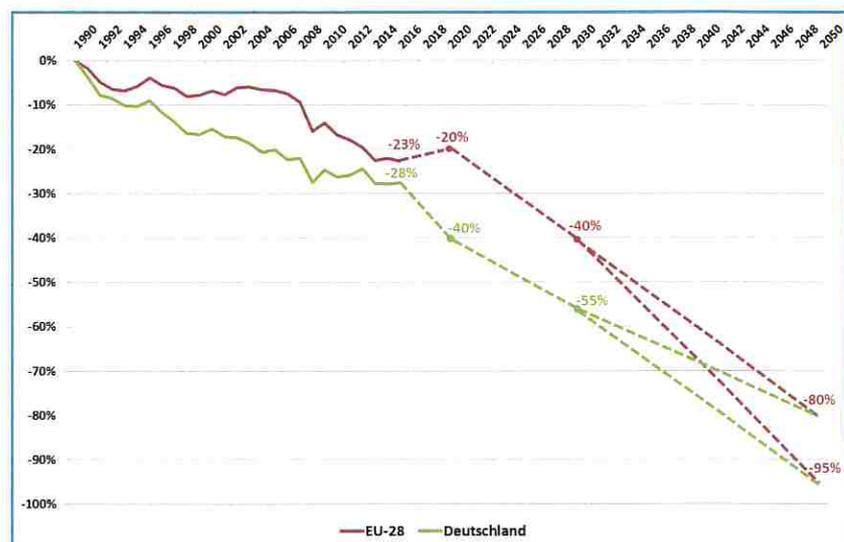
In der energieintensiven Industrie in Deutschland passiert aber gerade das Gegenteil: Die Investitionen in neue Anlagen liegen hier deutlich niedriger als in anderen Branchen. Mit anderen Worten: Wir haben in Deutschland immer weniger Industrieanlagen in energieintensiven Branchen. Die Grafik macht das deutlich: Das Nettoanlagevermögen der deutschen Papier-, Glas- und Keramikindustrie ist am deutlichsten gesunken, die Chemische Industrie verzeichnet ebenfalls einen deutlichen Rückgang.

Dieser Rückgang von Investitionen kostet Arbeitsplätze in Deutschland, dem Klima hilft er aber nicht. Denn neue Anlagen in energieintensiven Branchen werden trotzdem gebaut – nur eben dort, wo die Energiekosten niedriger sind. Zum Beispiel in den USA: Der deutsche Konzern BASF hat für 1,3 Mrd. Euro den größten Steam Cracker der Welt in Texas gebaut – die größte Einzelinvestition in der Konzerngeschichte außerhalb Deutschlands.



8. Der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß

Deutschlands Anteil am CO₂-Ausstoß betrug 2017 nach Schätzungen des Umweltbundesamtes (UBA) 2,7 Prozent. Schon jetzt entwickelt die deutsche Industrie innovative Produkte und Verfahren, um schneller, effektiver und effizienter die Klimaziele sowie die hohen Erwartungen an die regenerative Energieerzeugung zu realisieren.



Diese können noch stärker genutzt werden. Dazu bedarf es aber einer neuen Sichtweise auf die Industrie.

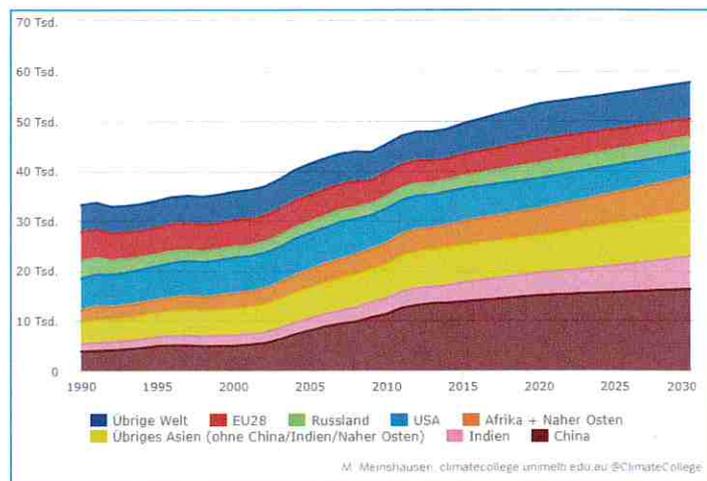
Klar ist: Die EU-Ziele für Treibhausgasemissionen werden erreicht und Deutschland mindert überdurchschnittlich.⁸

Deutschlands Klimapolitik lässt sich nicht mit Abschaltbeschlüssen erfolgreicher machen. Klimapolitik muss global angelegt sein und unter anderem China und Indien mit in der Verantwortung halten. Auch von dort wird genau beobachtet, ob und wie Deutschland die Energiewende als Industriestandort bewältigt.

9. Die Rolle Chinas und Indiens

Die Vereinten Nationen verhandelten schon 2009 in Kopenhagen über das Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dass dieses Ziel in erster Linie mit dem Verhalten Chinas steht und fällt, wurde in Kopenhagen sehr deutlich.

China kündigte an, seine CO₂-Emissionen bis 2050 pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf das Jahr 2020 um bis zu 45 Prozent zu mindern. Peking verweigerte aber jede internationale Festlegung oder Kontrolle von Reduktionszielen.



Die Begrenzung der Erderwärmung wird letztlich davon abhängen, wie effizient China und Indien ihre Kohle verstromen und wie viel CO₂ dabei noch in die Atmosphäre gelangt. Ob diese Länder Kohle verstromen, stellen sie nicht zur Debatte. Sie haben in den letzten Jahren in schnellem Takt eine Vielzahl neuer Kohlekraftwerke gebaut, die sie noch lange betreiben werden.

Im Klimaabkommen von Paris haben sich China und Indien verpflichtet, ihre Emissionen ab 2030 in Relation zum BIP nicht mehr zu steigern (China) bzw. zu senken (Indien).

Das heißt für China: Die CO₂-Emissionen könnten von 2015 bis 2030 um weitere 25 % steigen auf dann fast 13 Mrd. t CO₂.⁹

Das heißt für Indien: Die CO₂-Emissionen dürften um ca. 60 % auf 4,5 Mrd. t steigen.¹⁰

⁸ Quelle: UBA März 2017, EEA Okt. 2017

⁹ Quelle: Spiegel 3.12.2015

¹⁰ Quelle: Spiegel 3.12.2015

10. CO₂-Steuer funktioniert nur international

Wir sind offen für eine Steuer auf den CO₂-Ausstoß. Eine internationale CO₂-Steuer kann wirksame ökonomische Anreize zur Treibhausgasminderung setzen. National oder in einer kleinen Gruppe von Staaten kann dieses Modell allerdings nicht funktionieren.

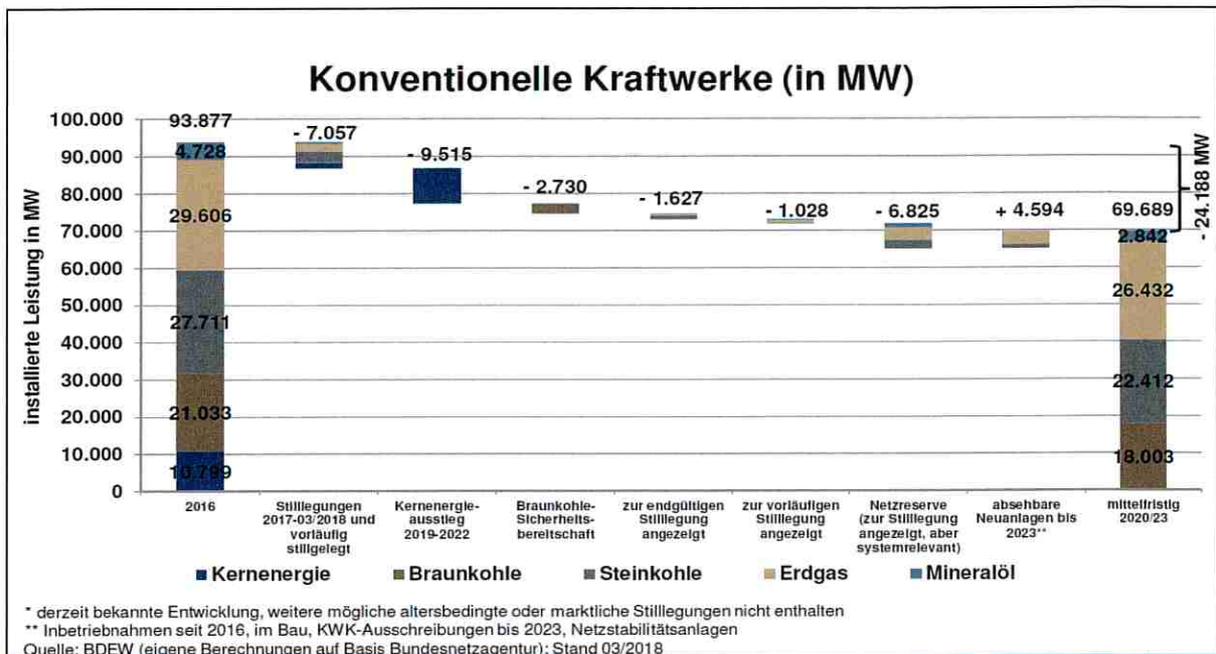
Grundsätzlich gibt es zwei Modelle zur ökonomischen Steuerung von CO₂-Emissionen: Eine Möglichkeit ist die Festlegung von Höchstmengen an CO₂, die emittiert werden dürfen und der damit verbundene Handel mit Emissions-Zertifikaten. Damit kann die Erreichung von Klimazielen genau gesteuert werden. Die andere Möglichkeit ist die Besteuerung von CO₂-Emissionen. Die Höhe der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ergibt sich dann am Markt. Europa hat sich für das System des Emissions-Handels entschieden.

Wichtig ist, dass die ökonomische Steuerung der Emissionen international einheitlich geschieht. Eine CO₂-Steuer auf nationaler Ebene oder nur mit ausgewählten EU-Staaten funktioniert nicht. Sie führt nur zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der energieintensiven Branchen Chemie, Papier, Keramik, Metall und Glas in Deutschland. Notwendig wäre zumindest ein einheitliches Vorgehen der G20. Eine Steuerharmonisierung zwischen den G20-Staaten ist jedoch außerordentlich kompliziert. Solange dieser Weg nicht möglich ist, bleibt der Emissionshandel der bessere Weg für die ökonomische Steuerung von Emissionen.

11. Versorgungssicherheit in Gefahr

Konventionelle Kraftwerke und Atomkraftwerke sichern bisher eine Maximallast von 85 GW ab. Mit dem Atomausstieg sinkt die installierte Leistung bis 2022 um 9.500 MW, durch die Stilllegung von Kohlekraftwerken sinkt die installierte Leistung um weitere 7.000 MW.

Da erneuerbare Energien die Maximallast nicht sichern können, ist die Versorgungssicherheit spätestens ab 2023 nicht mehr gewährleistet. Auf dem Weg dorthin erwarten die Übertragungsnetzbetreiber im Februar 2020 schon zum ersten Mal eine Unterdeckung der gesicherten Leistung gegenüber der Tageshöchstlast. Je schneller der Kohleausstieg umgesetzt wird, desto mehr verschärft sich dieses Problem.



Die fehlende Absicherung der Maximallast ist insbesondere auch ein Problem für die süddeutsche Industrie, vor allem die Metall- und Elektroindustrie mit Hunderttausenden von Beschäftigten. Durch das Fehlen von Netzkapazitäten ist Süddeutschland selbst dann betroffen, wenn die Windkraftanlagen im Norden die volle Leistung liefern.

12. Bremse 1: Fehlende Stromleitungen

Strom muss überall in Deutschland rund um die Uhr sicher verfügbar sein. Die Standorte konventioneller Kraftwerke sind so gewählt, dass der Strom relativ nah beim Verbraucher produziert wird. Mit dem Ausbau der Windenergie verschiebt sich die Stromerzeugung stark in die norddeutschen Küstenregionen, der Strom muss eine längere Strecke zum Verbraucher transportiert werden.

Der Ausbau der Leitungsnetze ist eine zentrale Voraussetzung für die Energiewende im Stromsektor. Doch der Leitungsausbau geht nur schleppend voran. Von den 2009 im Energieleitungsausbaugesetz definierten vordringlichen Ausbaumaßnahmen ist erst der kleinere Teil realisiert:

- 1.800 KM vorgesehen (100%)
- 990 KM sind genehmigt (55%)
- 750 KM sind bereits realisiert (40%)

Noch dramatischer sieht die Situation aus, wenn man die langfristig notwendigen Netzkapazitäten betrachtet. Der notwendige Ausbau der Übertragungsnetze nach dem Bundesbedarfsplangesetz (Stand 2017) steht erst am Anfang:

- 5.900 KM benötigt (100%)
- 450 KM sind genehmigt (8%)
- 150 KM sind bereits realisiert (2,5%)

Neue Hochspannungsleitungen stoßen an vielen Stellen auf Bürgerproteste und Einsprüche. Erdverkabelung verlangsamt den Leitungsausbau weiter und führt gleichzeitig zu erheblichen Mehrkosten.

Die nachfolgende Abbildung gibt den Ausbaustand der BBPlG-Verfahren zum dritten Quartal 2017 wieder:

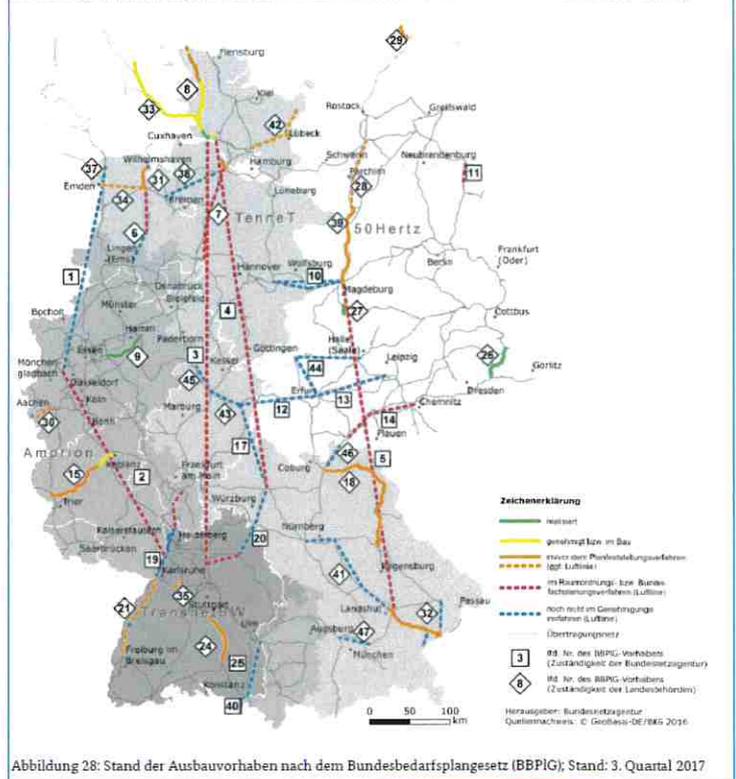


Abbildung 28: Stand der Ausbauprojekte nach dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG); Stand: 3. Quartal 2017

13. Bremse 2: Fehlende Speicher

Erneuerbare Energien sind emissionsarm, aber nicht durchgehend verfügbar. Die Grundlast kann mit diesen Stromquellen nur gesichert werden, wenn es gelingt, die Energie in großem Umfang zu speichern.

Die einzigen heute existierenden Großspeicher für Energie sind Pumpspeicherwerke. Die Ausbaumöglichkeiten dieser Speicherform sind naturgemäß beschränkt. Bestehende Kapazitäten sind zudem durch regulatorische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in ihrem Bestand gefährdet.

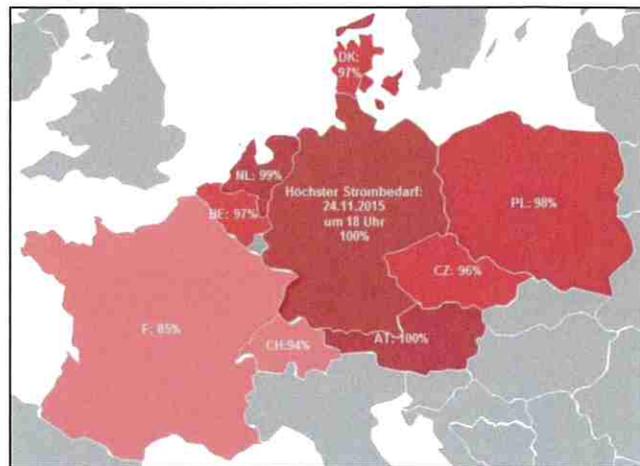
Nur wenn es gelingt, andere Speicherformen in großem Umfang verfügbar zu machen, kann der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energiequellen erfolgreich sein. Deshalb ist die Weiterentwicklung von Speichertechnologien eine zentrale Aufgabe der Energiewende. Die Umwandlung von überschüssigem Strom in Gas kann hierfür ein Weg sein.

14. Stromimporte sind keine Lösung

Stromimporte aus Nachbarstaaten können die Stromversorgung in Deutschland nicht sichern. Stromerzeugung und Stromverbrauch sind in anderen europäischen Staaten ähnlichen Schwankungen wie bei uns ausgesetzt. Das heißt: Überschüsse werden dort oft zur gleichen Zeit produziert wie in Deutschland, die Spitzen der Stromnachfrage fallen ebenfalls häufig zusammen.

Je stärker die Energieerzeugung in Europa auf erneuerbare Energien umgestellt wird, desto stärker schwankt auch die Stromerzeugung. Wenn Windkraftwerke an der norddeutschen Küste stillstehen, dann bewegt sich oft auch in den Niederlanden oder in Dänemark wenig. „Kalte Dunkelflauten“ treten in Deutschland und seinen Nachbarländern etwa alle 2 Jahre parallel auf.¹¹

Der Stromverbrauch entwickelt sich im Tagesverlauf in unseren Nachbarländern weitgehend parallel zu dem in Deutschland. Bei zeitgleicher Höchstlast sind Stromimporte keine Lösung. Doch das sind genau die kritischen Zeitpunkte, für die wir die Versorgung sicher gewährleisten müssen.



15. Europäischer Zukunftsfonds für Leitindustrien

Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn der Strukturwandel in der Industrie intelligent gemanagt wird. Dafür braucht es mehr Förderinstrumente, die die Innovationsfähigkeit von Schlüsselindustrien voranbringen. Das ist eine europäische Aufgabe.

Ein Weg dafür wäre ein europäischer Zukunftsfonds für Leitindustrien. Ein solcher Fonds könnte Unternehmen mit Investitionshilfen zur Seite stehen, die sich auf neue Geschäftsfelder in ihrer Branche ausrichten. Damit wird der Strukturwandel in zentralen Branchen wie dem Energie- oder dem Mobilitätssektor beschleunigt. In der Energieversorgung müssen zum Beispiel verstärkt Hochtechnologieprojekte wie künstliche Photosynthese oder die Umwandlung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien in Speichermedien (Power-to-x) gefördert werden.

Im Mobilitätsbereich geht es darum, die gesamte automobilen Wertschöpfungskette zukunftsfähig zu machen. Europa kann damit die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie stärken und verlorenes Terrain im internationalen Wettbewerb zurückgewinnen: Etwa bei der Batterieproduktion oder bei Leichtbau-Werkstoffen.

¹¹ Energy Brainpool-Studie, Juni 2017

16. Mit Umsicht umsteuern!

Deutschland hat in den vergangenen Monaten an fast jedem Tag auch Strom importiert – teils gut 5 Gigawatt Leistung, was immerhin 4 Prozent unserer Höchstlast entspricht. Diese Importe kamen meist aus Kohleländern wie Polen und Tschechien oder aus Frankreich, wo Kernkraftwerke die Energieversorgung gewährleisten.¹²

Das Hin und Her bei den grenzübergreifenden Stromflüssen hängt unter anderem mit den starken Schwankungen der Erneuerbaren zusammen. Die wirklich gesicherte, also stets abrufbare und konstant fließende Stromleistung in Deutschland liegt bei 82 Gigawatt – was übrigens gerade noch der Höchstlast entspricht. Durch den fortschreitenden Kernenergieausstieg sowie die absehbare Stilllegung und Überführung anderer konventioneller Kraftwerke in die Sicherheitsbereitschaft, wird die gesicherte Kapazität jedoch deutlich sinken. 2023, nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks, werden nur noch 60 GW an sicherer Leistung verfügbar sein.

Hinzu kommt: Das veraltete deutsche Stromnetz ist für die starken Schwankungen durch die Erneuerbaren bislang noch nicht ausreichend modernisiert, der Energiefluss muss daher laufend stabilisiert werden. So lange wir keine ausreichenden Speichermöglichkeiten für die Erneuerbaren haben, steigt dieser Aufwand der Netzstabilisierung mit der Bedeutung der Erneuerbaren. Gleichzeitig macht sich Deutschland abhängiger von Stromlieferungen aus dem Ausland. Doch auch dort sinken die Kapazitäten. Dieses fragile System ist nicht geschaffen für einen weiteren politisch induzierten Kahlschlag bei der Kohleverstromung.¹³

¹² Agorameter

¹³ <https://www.igbce.de/energiewende>, Agorameter, ÜNB-Leistungsbilanzbericht

FAKTEN ZUM KLIMAZIEL 2020

Die Bundesregierung arbeitet daran, die international verbindlichen Klimaziele für 2030 auch tatsächlich zu erreichen. Dass aber das rein nationale Klimaziel 2020 kaum noch zu schaffen ist, wissen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker. Die Lücke entsteht dabei nicht durch den Energie-Sektor:

Bundesumweltministerin Svenja Schulze:

„Sie wissen, dass es eine Lücke zum Klimaziel 2020 gibt. Ja, das hat auch mit unserem Wirtschaftswachstum in Deutschland zu tun – auf das wir wirklich stolz sein können.“

„Der Klimaschutzplan gibt eine klare Marschroute vor. Und er nimmt mit den Sektorzielen alle Sektoren in die Pflicht. Ich bin mir bei manchen Diskussionen nicht ganz sicher, ob das in allen Sektoren schon ausreichend verstanden worden ist!“

Rede auf den Berliner Energietagen, 7. Mai 2018

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks:

„Wir haben nichts aufgegeben, aber stellen ehrlich fest, dass es noch eine Lücke zum Erreichen des nationalen Klimaziels für 2020 gibt. [...] Insbesondere im Verkehr und auch in der Landwirtschaft ist noch kaum etwas passiert. Da müssen jetzt endlich die Emissionen gemindert werden. Entscheidend ist, dass wir die Klimapolitik so robust machen, dass uns so etwas wie heute mit Blick auf 2030 nicht noch einmal passiert.“

Interview Welt online, 17. Januar 2018

Strukturbrüche verhindern

Harte Braunkohle-Kraftwerksschließungen führen zu einem Domino-Effekt: Tagebaue müssten stillgelegt werden bzw. mit niedriger Auslastung arbeiten. Das erhöht die Kosten der Förderung so stark, so dass auch andere Kraftwerke unwirtschaftlich werden. Das ist keine Behauptung, sondern nachgewiesen: Die konkreten und testierten Zahlen der Wirtschaftsprüfer (Einsatzzeiten von Kraftwerken, Wirtschaftlichkeitsberechnung, tatsächliche Strompreise etc.) liegen der Bundesregierung seit 2015 vor. Sie sind bis heute nicht bestritten oder gar widerlegt. Die Folgen dieses Strukturbruchs lauten in wenigen Zahlen: 11.000 Arbeitsplätze in Tagebauen und Kraftwerken wären unmittelbar und kurzfristig verloren, weitere 24.000 indirekt. Hinzu kämen weitere Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie in sechsstelliger Höhe.

Die Abschaltung von zusätzlichen Kohlekraftwerken bis 2020 würde darüber hinaus sofort deutlich höhere Strompreise bewirken. Bei der energieintensiven Industrie schlägt dies voll durch. Schon auf ein typisches mittelständisches Unternehmen der energieintensiven Branchen (Stromverbrauch 50 GWh/a) käme ein Kosten-Schock von rund 0,5 Millionen Euro Mehrbelastung pro Jahr zu.



Herausgeber

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Lars Ruzic | Leitung Medien & Öffentlichkeitsarbeit
Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover | Tel. 0511-7631-0

2. Fassung / Stand Mai 2018

„Wir fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier. Wir brauchen einen Einstieg in einen Strukturwandel, der gute Industriearbeit sichert.“

DER REVIER-APPELL



UNSER REVIER! UNSERE ZUKUNFT!

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne die Leistungen und Opfer der Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier undenkbar gewesen. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben die Sorge, dass viele Entscheidungsträger in Bund und Land nicht nur den enormen Beitrag des Rheinischen Reviers zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland vergessen, sondern auch die herausragende industrielle und politische Bedeutung unserer Region für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus den Augen verloren haben.

Im Rheinischen Revier ist die Braunkohle ein zentraler Wirtschaftsfaktor. An ihr allein hängen in der Region mehr als 30.000 Arbeitsplätze. Der Teilbetrag der Wertschöpfung aus Braunkohle, der heute in die drei Braunkohlereviere fließt, ist deutlich größer als die Summe der Fördermittel, die in ganz Deutschland für Strukturpolitik zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung will in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Maßnahmen vereinbaren, um das für 2030 gesetzte Ziel der CO₂-Reduktion zu erreichen und gleichzeitig die Lücke zum für 2020 gesetzten Wert von 40 Prozent Minus gegenüber dem von 1990 so weit wie möglich zu schließen. Dazu sollen unter anderem ein Plan zur „schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums“ entwickelt und Investitionen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Branchen verabredet werden.

Die Pläne verfolgen hunderttausende Mitarbeiter in der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie mit großer Sorge. Der Pfad für ein Auslaufen der Kohleverstromung ist heute bereits vorgezeichnet - durch in den kommenden Jahrzehnten auslaufende Genehmigungen und dadurch, derzeit keine neuen Kraftwerke gebaut werden. Die Klimaschutzziele 2030 und 2050 lassen sich deshalb auch ohne ein symbolisch gesetztes Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung erreichen.

Ein verfrühtes, von Symbolpolitik getriebenes „Abschalten“ würde dagegen schmerzhaft Folgen für die gesamte heimische Industrie haben: Kahlschlag in den Regionen, steigende Energiepreise und Jobabbau. Niemandem ist geholfen, wenn wir uns mit der Energiewende übernehmen.

Die Braunkohle ist vor allem deshalb Deutschlands günstigster Energieträger, weil sie direkt am Ort des Abbaus verstromt wird. Die „lineare Logik“ eines schrittweisen Herunterfahrens funktioniert hier deshalb nicht. „Abschalten“ würde den Strukturbruch und damit Kahlschlag bedeuten!

Diesen geradezu fahrlässigen Umgang mit unserer Heimatregion lassen wir, die Menschen im Rheinischen Revier, uns nicht länger gefallen!

Wir fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier. Wir brauchen keinen überhasteten, unkontrollierten Ausstieg aus der Kohle. Wir brauchen einen Einstieg in einen Strukturwandel, der gute Industriearbeit sichert.

Wir brauchen eine Energiewende, die sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und ökologisch verantwortungsvoll gestaltet wird. **Strom, Wärme und Mobilität müssen bezahlbar sein.**

Wir brauchen ein **weltweit verbindliches Klimaabkommen** als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen.

Wir brauchen eine Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik an **der Förderung und Umsetzung von Innovationen.**

Wir brauchen eine langfristige Strukturpolitik, die dem Revier zu neuer Wirtschaftskraft in vergleichbarer Größenordnung verhilft.

Wir wissen, dass die Braunkohleverstromung eine Auslaufphase durchläuft. Aber wir wollen nicht, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft unserer Region auf dem Altar energiepolitischer Glaubensfragen geopfert wird!



Die Zukunft unseres Reviers gehört uns!

Wir sprechen uns dafür aus, dass nun endlich Bund, Land, Kommunen und auch das verantwortliche Bergbau betreibende Unternehmen RWE ihre Kräfte bündeln, indem sie gemeinsam und aufeinander abgestimmt in einen klugen, nachhaltigen STRUKTURWANDEL investieren, der in unserer Heimatregion neue, zukunftssträchtige industrielle Arbeitsplätze schafft.

Für uns gilt:

Jetzt muss es ein konsistentes REGIONALES STRUKTURENTWICKLUNGSKONZEPT für das Rheinische Revier und die dazu erforderlichen langfristigen Förderkullissen von Bund, Land und RWE geben, damit neue industrielle Wertschöpfungsketten und Gute Arbeit in vergleichbarem Umfang wie heute existieren. Das gilt selbstverständlich nicht nur für unsere Region, sondern auch für die anderen deutschen Kohleregionen.

In diesem Sinne erwarten wir, dass die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung jetzt das Gespräch mit den betroffenen Kommunen und den Beschäftigten im Rheinischen Revier suchen, um die konkreten Forderungen der vor Ort Betroffenen an die eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zu entwickeln.

Unsere Forderungen für eine gute Zukunft unserer Heimatregion:

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben die folgenden Forderungen als eine Art Positionsbestimmung der Betroffenen im Rheinischen Revier formuliert. Wir erheben hier weder den Anspruch auf Vollständigkeit, noch auf die allein seligmachende Wahrheit.

Wir halten es aber für dringend geboten, dass die politisch Verantwortlichen unserer Region diese Punkte aufnehmen, damit endlich das Revier selbst formuliert, wie es seine Zukunft gestalten will!

1. Die Zukunft des Reviers ist der Maßstab

In ihrem Einsetzungsbeschluss für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) legt die Bundesregierung fest, dass die Kommission zuerst ihre Empfehlungen zur sozialen und strukturellen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie ihrer finanziellen Absicherung vorlegen soll. Wir begrüßen diese Prioritätensetzung!

Das diese Empfehlungen bereits bis Ende Oktober fertiggestellt sein sollen, halten wir nicht für realisierbar – jedenfalls nicht, wenn man die betroffenen Regionen ernsthaft in die Erarbeitung dieser Empfehlungen einbeziehen will.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den betroffenen Braunkohleregionen ein BETEILIGUNGSKONZEPT vorzulegen.

2. Es geht nicht um Abbau, sondern um Aufbau

Wir legen Wert darauf, dass die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) keine Abwicklungs- oder Ausstiegskommission ist. Nicht die negative Botschaft, etwas abzuschaffen, sondern der Aufbau neuer, nachhaltiger, weiter industriell geprägter regionaler Strukturen muss im Vordergrund stehen. Ebenso muss die Standortsicherung der vielen energieintensiven Industrien im direkten und weiteren Umfeld des Rheinischen Reviers gewährleistet sein. Dies bedeutet bezahlbare Strompreise, wie sie noch auf längere Zeit nur mit der Braunkohle möglich sind.

Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem sie gemeinsam mit den Menschen im Revier an einer neuen Erfolgsstory zur Weiterentwicklung des Rheinischen Reviers zu einer Innovationsregion arbeiten.



3. Wir brauchen ein regionales Strukturentwicklungskonzept

Wir brauchen nicht nur schöne Prestigeprojekte, sondern auch ein in sich schlüssiges, auf einer genauen Analyse aufbauendes, regionales Strukturentwicklungskonzept, welches maßgeschneidert auf die Kommunen rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte eine nachhaltige Strukturentwicklung fördert.

Wir fordern den Bund und das Land NRW auf, ein REGIONALES STRUKTURENTWICKLUNGSKONZEPT für das Kerngebiet des Rheinischen Braunkohlereviers als das zentrale Instrument einer zielgerichteten regionalisierten Strukturentwicklung aufzusetzen.

4. Ganzheitlich denken und wirklich alle Kräfte intelligent bündeln!

Ein erfolgreicher Strukturwandel im Rheinischen Revier kann nicht allein mit den jetzt vorgesehenen Strukturmitteln des Bundes erzielt werden. Vielmehr sind vorhandene Instrumente und Mittel intelligent zu bündeln, um die Infrastruktur der Region in den Bereichen Verkehrsnetze, digitale Netze, Forschung, Bildung, Technologie und Wohnen aus- bzw. umzubauen.

Wir fordern deshalb die NRW-Landesregierung und die Bundesregierung auf, einen umfassenden Entwicklungsansatz zu wählen, in dem Instrumente wie der Bundesverkehrswegeplan, die Digital-, Technologie- oder Industrie 4.0-Strategie, der Breitbandausbau usw. aufeinander abgestimmt im Rheinischen Revier angewandt werden. Dazu sollte der Region des Rheinischen Reviers ein entsprechender SONDERSTATUS zugewilligt werden.

5. Stärken der Region nutzen

Unser Revier besitzt etwas, woran es anderen Regionen oft fehlt: neu nutzbare Flächen! Darüber hinaus ist unsere Region nicht nur in der Energieerzeugung stark, sondern auch in der Energieforschung und in der Energietechnologieentwicklung.

Diese Alleinstellungsmerkmale und die industriellen Kompetenzen müssen zum zentralen Ausgangspunkt der Regionalentwicklung gemacht werden. Daher brauchen wir in diesen Bereichen einen entsprechenden Sonderstatus in der Flächen- und Landesentwicklungsplanung der NRW-Landesregierung.

6. Neu orientieren und dabei Energie- und Industrieregion bleiben

Wir wollen keine „Deindustrialisierung“, sondern weiterhin eine Energie- und Industrieregion bleiben. Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, moderne industrielle Strukturen, Energieforschung, aber auch neue Technologien zur Energiegewinnung und Energiespeicherung sollen tragende Säulen der regionalen Strukturentwicklung bleiben.

An diesen Vorgaben und nicht an abstrakten „Leitmärkten“ sollte sich die zukünftige Förderung unserer Region durch Land und Bund orientieren.

7. Gegen Zentralismus und Kirchturmdenken: EINE regionale Plattform

Für die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung eines regionalen Strukturentwicklungskonzeptes braucht es eine Arbeitsplattform in Form eines regionalen Entwicklungsmanagementbüros. Die IRR hat einen großen Beitrag zur Entwicklung einer „Revier-Identität“ geleistet und zum ersten Mal die ehemals unstrukturierten strukturpolitischen Ideen sortiert und damit besser handhabbar gemacht. Doch mit ihrem jetzigen Zuschnitt und ihrer bisherigen Arbeitsweise kann die IRR die jetzt dringend notwendige Aufgabe einer effektiven regionalen Arbeitsplattform nicht erfüllen. Sie müsste dafür entsprechend zu einer regionalen Entwicklungsagentur umgebaut, oder aber eine solche Agentur müsste für den Bereich des Kernreviers rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte neu geschaffen werden.

Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, eine regionale Entwicklungsagentur zu entwickeln und deren Arbeit eng mit einer auf die Sondermerkmale des Rheinischen Reviers abgestimmten Landesentwicklungsplanung zu verzahnen.



8. Unser Revier hat Zukunft!

Wir sind davon überzeugt, dass ein solide organisierter Strukturwandel auf der Grundlage eines regionalen Strukturentwicklungskonzeptes, welcher mit einer in sich konsistenten politischen und finanziellen Begleitung von Bund und Land einhergeht, bei der bereits vorhandene Förderinstrumente und Entwicklungsstrategien intelligent gebündelt und vernetzt werden, eine großartige Chance für eine gute Zukunft unserer Heimatregion eröffnet. In diesem Sinne sehen wir unseren Appell als Diskussions- und Arbeitsgrundlage.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sowie insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften dazu ein, sich dabei einzubringen.

Wir sind überzeugt:

**UNSER REVIER HAT ZUKUNFT!
PACKEN WIR ES AN!
GEMEINSAM!**

Initiator/innen:

Frank Löllgen
Landesbezirksleiter Nordrhein
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Helga Jungheim
ver.di Bezirk ADE
Harscampstr. 20
52062 Aachen

Thomas Leigering
ver.di Bezirk Linker Niederrhein
Virchowstr. 130a
47805 Krefeld

ViSDP: Lars Ruzic | Leitung Medien & Öffentlichkeitsarbeit
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie | Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover | Tel.
0511-7631-0



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

Rudi Bertram
Bürgermeister Eschweiler

Michael Bochinsky
RWE Power stv. GBR-Vorsitzender

Walther Boecker
Bürgermeister a.D. Hürth

Jens Bröker
Geschäftsführer Entwicklungsgesellschaft
indeland GmbH

Walter Butterweck
BR - Vors. RWE Power Zentrale Köln
Sprecher politischer AK IG BCE

Matthias Dürbaum
BR - Vors. RWE Power Tgb. Hambach
Sprecher politischer AK GBR RWE Power

Tim Grüttemeier
Bürgermeister Stolberg

Sebastian Hartmann
Bundestagsabgeordneter
Vorsitzender SPD NRW

Gerd Hengsberger
Think-Tank Rheinland

Hermann Heuser
Bürgermeister Niederzier

Stefan Kämmerling
Landtagsabgeordneter

Klaus Krützen
Bürgermeister Grevenbroich

Paul Larue
Bürgermeister Düren

Michael Lehmann
BR - Vors. RWE Power KW Weisweiler

Willi Linkens
Bürgermeister Baesweiler



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

Harald Louis
RWE Power GBR-Vorsitzender

Manfred Maresch
IG BCE Bezirksleiter Alsdorf

Martin Mertens
Bürgermeister Rommerskirchen

Claudia Moll
Bundestagsabgeordnete

Dietmar Nietan
Bundestagsabgeordneter

Wilfried Oellers
Bundestagsabgeordneter

Jochen Ott
Landtagsabgeordneter

Patricia Peill
Landtagsabgeordnete

Martin Peters
Bevollmächtigter IG Metall
in Stolberg und Düren

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat Rhein-Kreis Neuss

Romina Plonsker
Landtagsabgeordnete

Raoul Pöhler
Unternehmer

Gisela Rama
stv. BR-Vors. Rheinbraun Brennstoff Frechen
Mitglied im Hauptvorstand IG BCE

Daniel Rinkert
Vorsitzender SPD Rhein-Kreis Neuss

Theo Schlößer
Verein "Unser Revier - Unsere Zukunft
an Rur und Erf"



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

Josef-Johann Schmitz
Vorsitzender SPD Kreistagsfraktion Düren

Sascha Solbach
Bürgermeister Bedburg

Alfred Sonders
Bürgermeister Alsdorf

Wolfgang Spelthahn
Landrat Kreis Düren

Norbert Spinrath
Vorsitzender SPD Kreis Heinsberg

Hans-Georg Staniek
BR - Vors. Intersnack Grevenbroich

Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer
IHK Mittlerer Niederrhein

Wilhelm Stock
Vorsitzender des Bezirksvereins
Rhenische Braunkohle im RDB

Rainer Thiel
Vorsitzender SPD - Kreistagsfraktion
Rhein-Kreis Neuss

Dierk Timm
Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion
Rhein-Erft Kreis

Guido van den Berg
Landtagsabgeordneter

Anja Weber
Vorsitzende DGB NRW

Sigrid Wolf
Regionsgeschäftsführerin DGB
Düsseldorf-Bergisch Land

Ralf Wölk
Regionsgeschäftsführer DGB
NRW Süd-West



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

Michael F. Bayer
Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen

Ralph Bombis
Landtagsabgeordneter

Frank Boss
Landtagsabgeordneter

Dietmar Brockes
Landtagsabgeordneter

Jörn Freynick
Landtagsabgeordneter

Dr. Jörg Gerlings
Landtagsabgeordneter

Gregor Golland
Landtagsabgeordneter

Georg Kippels
Bundestagsabgeordneter

Jochen Klenna
Landtagsabgeordneter

Arndt Kohn
Europaabgeordneter

Stefan Lenzen
Landtagsabgeordneter

Ralf Nolten
Landtagsabgeordneter

Thomas Rachel
Bundestagsabgeordneter

Frank Rock
Landtagsabgeordneter

Udo Schiefner
Bundestagsabgeordneter



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

Thomas Schnelle
Landtagsabgeordneter

Heike Troles
Landtagsabgeordnete

Andreas Heller
Bürgermeister Elsdorf

Georg Gelhausen
Bürgermeister Merzenich



